

Übersicht US-Strafzölle

Die USA erheben seit 23.03.2018 WTO-widrige Importzölle von **25 Prozent auf Stahl** und **zehn Prozent auf Aluminium**. Für Einfuhren aus Deutschland bedeutet dies eine jährliche Mehrbelastung von rund 400 Mio. Euro. Ausnahmen gibt es für Korea, Australien, Brasilien und Argentinien, die alle WTO-widrige Quotenregelungen (Voluntary Export restraints) in Höhe von ca. 90% der Vorjahresexporte akzeptiert haben. Die EU, Kanada und Mexiko waren bis zum 01.06.2018 temporär von den Maßnahmen ausgenommen. Diese Ausnahme wurde nicht verlängert. Am 31.05.2018 kündigten sowohl [Kanada](#), [Mexiko](#) (Käse, Blaubeeren, Schweinefleisch) als auch die EU im WTO-Rahmen Gegenmaßnahmen an (Whiskey, Orangen, Harley Davidson etc.). Neben der Klage in der WTO umfasst dies Gegenzölle in Höhe des Schadens den EU-Exporteure in den USA nun erleiden. Diese Zölle wurden öffentlich seit März 2018 konsultiert.

Ausnahmen auf Einzelfallbasis

Ausnahmen von den Strafzöllen können von [US-Seite beantragt](#) werden. Auf Einzelfallbasis können alle Individuen und Organisationen in den USA, die Stahl oder Aluminium nutzen, Ausnahmen bei Nichterzeugung oder nicht bedarfsdeckender Erzeugung beantragen oder wenn durch mangelnde Importe die nationale Sicherheit bedroht erscheint. Dieser Prozess ist sehr aufwändig und von den über 12.000 bisher gestellten Anträgen wurde bisher noch keiner bewilligt. Die Bearbeitungsfrist beträgt 90 Tage. Für jede Zolltariflinie muss ein eigener Antrag gestellt werden. Hierfür muss eine Stahl- bzw. Aluminiumrezeptur offengelegt werden und die Anträge werden zur öffentlichen Konsultation gestellt!

Weitere Maßnahmen angekündigt: Mögliche Strafzölle auf Autos

Am 23.05.2018 kündigte die US-Administration eine Untersuchung über die Einführung von WTO-widrigen Importzöllen von bis zu **25 Prozent auf Autos und Autoteile** an. Sollten die Zölle am Ende wirklich kommen, wird dies Mehrbelastungen von mehr als 6 Milliarden Euro pro Jahr für die deutsche Wirtschaft bedeuten. Für den 19.07.2018 ist eine öffentliche Anhörung angesetzt. Diese sogenannten Section 232-Untersuchungen dauern formell bis zu 270 Tage (End-Datum wäre damit 17.02.2019), dann hat der Präsident 90 Tage Zeit, um Entscheidungen über Maßnahmen zu treffen (18.05.2019). Japan und die EU haben am 31.05.2018 die drohenden Zölle abgelehnt und eine gemeinsame Zusammenarbeit hierzu bekräftigt.

Schmalspur-TTIP?

Die Forderung nach einem Schmalspur-TTIP nur mit Zöllen greift aus DIHK-Sicht zu kurz. Es würde die gesamte EU-Handelsagenda infrage stellen und für die europäische Wirtschaft wichtige Bereiche wie regulatorische Kooperation oder öffentliche Beschaffung außen vor lassen.

Die Begründung ...

Laut US-Präsident Trump bedrohen die Stahl- und Aluminiumimporte – die hauptsächlich aus NATO-Partnerländern kommen – die nationale Sicherheit. Dabei beruft er sich auf das US-Gesetz zum Schutz der nationalen Sicherheit (Section 232 des Trade Expansion Acts von 1962), das seit 1986 nicht mehr genutzt wurde und dessen Anwendung in diesem Kontext umstritten ist. Seit der Gründung der Welthandelsorganisation WTO gab es nur zwei Section 232-Untersuchungen in den USA. In beiden Fällen hat das Handelsministerium geraten, keine Maßnahmen zu ergreifen. Die WTO erlaubt den Mitgliedern Maßnahmen zu ergreifen, die sie für notwendig erachten, um ihre nationale Sicherheit zu schützen (GATT Art. XXI). Dennoch wurde diese Ausnahme bisher auf absolute Notfälle beschränkt.

... und ihre Gefahr

Mit der weiten Auslegung des Begriffs der nationalen Sicherheit besteht die Gefahr, dass eine protektionistische Negativspirale in Gang gesetzt wird. Trump schafft mit der fadenscheinigen Berufung auf den Schutz nationaler Sicherheit einen Präzedenzfall, der Protektionismus weltweit Tür und Tor öffnet. Auf Basis dieser Argumentation könnten andere WTO-Mitglieder ebenfalls Importrestriktionen in z. B. der IT-Branche, Landwirtschaft, u. ä. einführen.

Welche Reaktionen sind im Rahmen der WTO-Regeln möglich?

Die EU arbeitet daran, die EU-Wirtschaft zu schützen. Hierzu gibt es drei Wege, die alle bereits in die Wege geleitet wurden:

1. Am 01.06.2018 beantragte die EU in der WTO Konsultationen mit den USA. Das ist der erste Schritt der WTO-Streitbeilegung. Die WTO kann die USA zwingen, die Maßnahmen zurückzunehmen. Bei einer Streitbeilegung können die Verfahren derzeit jedoch bis zu 18 Monate dauern.
2. Die EU kann ihrerseits Schutzzölle für Stahl und Aluminium verhängen, sobald eine Schwemme dieser Produkte erkannt wird, die aus der US-Abschottung resultiert („Safeguard measures“). Die Untersuchungen hierzu wurden von der EU bereits am 26.03.2018 gestartet.
3. Die EU führt ein „rebalancing“ durch. Die US-Strafzölle werden als Schutzmaßnahmen („safeguards-measures“, siehe WTO- Agreement on Safeguards von 1994) betrachtet. Bei ungerechtfertigten Maßnahmen ist es hier nach WTO-Notifizierung möglich, selbst Zölle in Höhe des entstehenden Schadens auf US-Produkte einzuführen. Dies hat die EU am 18.05.2018 auf Basis einer seit März 2018 [öffentlich konsultierten](#) Retorsionsliste in der WTO beantragt. Produkte umfassen etwa Orangen, Motorräder oder Bourbon. Die Gegenzölle



greifen voraussichtlich ab dem 01.07.2018. Diese Vorgehensweise war bereits beim letzten Handelskrieg mit Präsident Bush 2002 erfolgreich, als die USA Schutzmaßnahmen eingeführt hatten.

Hintergrund

Autozölle – selbst verhandelt

Die Klage Trumps, die EU sei unfair, da sie 10% Autozölle erhebe und die USA nur 2,5% ist alt und nicht stichhaltig. Die USA haben ihre Zölle im Rahmen von jahrzehntelangen GATT- und WTO-Verhandlungen selbst festgelegt und sich bewusst dafür entschieden, ihren Konsumenten billige Autos zu ermöglichen. Schließlich hängt heute ein Großteil der Dienstleistungswirtschaft der USA von billiger Mobilität ab. Ohne diese sinken Kino-, Shopping-, Restaurantbesuche etc..

EU ist nicht protektionistischer als USA

Über die Hälfte des US-EU Handels unterliegt keinen Zöllen. Die [gewichteten Güterzölle](#) liegen auf US-Seite bei 2,4%, auf EU-Seite bei 3,0% – hinzu kommen in den USA aber höhere nichttarifäre Hemmnisse und Buy America Vorschriften. Die meisten Güter unterliegen einer großen Bandbreite von Zöllen – auf beiden Seiten zwischen 1-3% für Grundgüter wie Rohstoffe und 30% für Waren wie Schuhe und Bekleidung. Manche US-Zölle sind jedoch prohibitiv, etwa für Rohtabak (350%) und Erdnüsse (130%). Zudem unterliegen etwa EU-T-Shirts in den USA Zöllen von 16,5%, US-T-Shirts in der EU nur 12%. Einzelne Zölle gegenüberzustellen, hat also allenfalls begrenzten Aussagewert.

Exkurs: Strafzölle treffen US-Verbraucher

Bereits jetzt spüren US-Häuslebauer die Auswirkungen des jahrzehntealten US-kanadischen Streits um Nutzholz von Nadelbäumen (softwood lumber), der erst kürzlich wieder ausgebrochen ist. Aufgrund der neuen 20% Zölle auf kanadische Holzimporte und des daraus resultierenden Angebotsrückgangs müssen Amerikaner derzeit mehr für ihr Eigenheim zahlen. Darüber hinaus sind durch die Strafzölle laut einer aktuellen US-Studie fast 500.000 US-Jobs in Gefahr.



Enge Wirtschaftliche Beziehungen

Die deutsche Wirtschaft ist in großem Maße in den USA engagiert. Rund **5.300 Unternehmen** profitieren in den USA von deutschen Direktinvestitionen – auch mittelständische Betriebe. Sie sind dabei in allen Bundesstaaten vertreten und schaffen insgesamt rund **850.000 Arbeitsplätze**. 2017 hat Deutschland Waren im Wert von rund 112 Mrd. Euro in die USA exportiert (Importe aus USA: 61 Mrd. Euro). Die auf die von den Strafzöllen betroffenen Zolltarifnummern entfallenden Ausfuhren Deutschlands in die USA beliefen sich bei Eisen- und Stahlprodukten 2017 auf ca. 1,4 Mrd. Euro. Bei Aluminiumerzeugnissen waren es ca. 460 Mio. Euro. Bei gleichbleibenden Ausfuhren beliefen sich die Höhe der jährlichen Zusatzzölle zusammen auf rund 400 Mio. Euro.

Stand: 07.06.2018

Ansprechpartner:

Dr. Ilja Nothnagel, Leiter des Bereichs Außenwirtschaftspolitik und -recht

(nothnagel.ilja@dihk.de, Tel: 030 20308 2310)

Klemens Kober, Leiter des Referats Handelspolitik, EU-Zollfragen, Transatlantische Beziehungen

(kober.klemens@dihk.de, Tel.: +32 (0)2 286-1622)